

# POLITISCHE STUDIEN 403

*Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen*

**Schwerpunktthema:**

## **60 Jahre CSU**

Mit Beiträgen von

**Angela Merkel, Horst Möller,  
Heinrich Oberreuter, Edmund  
Stoiber, Theo Waigel, Hans  
Zehetmair**

**Wolfgang Schüssel**

Was nun Europa? Politische Studien-  
Zeitgespräch

**Peter J. Opitz**

Glanz und Elend einer Weltorganisa-  
tion – 60 Jahre Vereinte Nationen

**Christian Hacke**

Regionalkultur und Religion als innen-  
politische Bestimmungsfaktoren ameri-  
kanischer Außenpolitik am Beispiel  
George W. Bush



**Hanns  
Seidel  
Stiftung**

Atwerb-Verlag KG

# Die Wurzeln und geistigen Grundlagen der CSU

## Interview mit dem ehemaligen Parteivorsitzenden der CSU und Bundesminister a.D. Dr. Theo Waigel

Renate Höpfinger

**Renate Höpfinger:** Die Unionsparteien CDU und CSU werden heuer 60 Jahre alt. In vielen Veranstaltungen wird landauf und landab der Unionsgründungen gedacht und dabei auch an deren Wurzeln und Grundlegung erinnert. Vor wenigen Wochen forderte der Kölner Kardinal Joachim Meisner die Unionsparteien auf, das „C“ aus ihrem Namen zu streichen, weil er die christlichen Grundwerte bei ihnen vermisse – so sein Vorwurf. Außerdem erreiche in unserer säkularisierten Gesellschaft eine christliche Volkspartei keine Mehrheiten mehr. Die Unionsparteien stehen erneut unmittelbar vor einer wichtigen Wahl. Hat Kardinal Meisner Recht mit seinem Hinweis, dass eine Partei, die sich auf christliche Werte beruft, keine Mehrheiten mehr erreichen kann? Und halten Sie den Vorwurf für gerechtfertigt, dass die Unionsparteien im politischen Alltag die Nähe zu den viel beschworenen genuin christlichen Grundwerten (häufig) vermissen lassen?

**Theo Waigel:** Die Aussagen von Kardinal Meisner werden durch Wiederholungen nicht origineller. Kein Kardinal, auch nicht Kardinal Meisner, hat ein Monopol auf die Definition dessen, was christlich ist. Da halte ich mich lieber an Papst Benedikt XVI. und das, was er früher als Kardinal und Theologieprofessor zu dem Thema theologisch anspruchsvoll gesagt hat. Wenn Kardinal Meisner zum Ausdruck bringt, dass es ja immer schwerer werde, mit dem „C“ Mehrheiten zu gewinnen, dann gilt das doch auch für die Kirchen. Insofern finde ich seine Aussage unlogisch und inkonsequent. Auch wenn die Kirche keine Mehrheit darstellt, wird sie doch nie von ihrem Anspruch, weltbewegend zu sein und die Botschaft Gottes zu verkünden, abgehen. Und wenn wir manchmal in der „C-Familie“ nicht so miteinander umgehen, wie es das „C“ gebietet, dann müssen wir die Kritik akzeptieren und versuchen, die Dinge zu verbessern. Aber so etwas findet ja sogar unter Kardinälen und unter

Bischöfen statt. Insofern sind wir da in einer ganz guten christlichen Gesellschaft.

Ich teile die Meinung von Kardinal Meisner nicht. Ich rate CDU und CSU, mit einer solchen Aussage offensiv umzugehen und Kardinal Meisner zu antworten, dass wir nicht im Traum daran denken, das, was 1945 in den Namen gekommen ist, aufzugeben. Denn es würde auch eine Schwächung der Kirchen bedeuten, wenn es keine Partei mehr gäbe, die dieses fordernde „C“ in ihrem Namen hätte. Wir sind nicht Kirchenpartei, wir sind nicht verlängerter Arm der Kirchen und die Kirchen sind nicht verlängerter Arm der C-Parteien. Wie sind voneinander unabhängig. Wir stammen beide aus unterschiedlichen Welten, haben unterschiedliche Aufträge, aber wir sind aufeinander angewiesen. Ich glaube auch, dass die C-Parteien einiges dazu beitragen können, um als Gesprächspartner der Kirchen das, was die Kirchen in die Gesellschaft und in die Welt zu sagen haben, umzusetzen und Sprachrohr zu sein.

**Renate Höpfinger:** Wen außer den C-Parteien gäbe es denn, der in der Politik diese Rolle als Sprachrohr sonst erfüllen könnte?

**Theo Waigel:** Es gäbe sonst nur Einzelne, der eine oder andere in einer konservativen oder liberalen Partei. Auch Liberale wie Thomas Dehler haben sich als Katholiken oder Protestanten verstanden. Und natürlich gibt es gläubige Sozialdemokraten und gläubige Grüne. Aber wenn ich dann auf der anderen Seite wieder sehe, wie Vertreter dieser Parteien sich so wenig von den Kirchen sagen lassen und sie für überflüssig halten, dann wäre dies in

CDU und CSU nicht möglich. Wer die Kirchen für überflüssig hält, hat in einer C-Partei nichts zu suchen.

Mir hat vor einigen Monaten ein Artikel von Professor Held in der FAZ sehr gut gefallen. Er wies darauf hin, dass das „C“ und damit CDU und CSU einer Primär-idee entspringen und nicht einer Sekundär-idee. Liberalismus, Sozialismus, Ökologie sind Sekundär-ideen, die aus dieser Welt kommen, während das „C“ aus der Verantwortung vor Gott und daraus resultierend der Verantwortung vor dem Nächsten kommt. Das ist eine gewichtige und schwer wiegende ideenpolitische Begründung des politischen Handelns. Das unterscheidet CDU und CSU von anderen Parteien. Und das gibt ihnen auch die Chance, unabhängig zu sein von Zeitströmungen, von dem Auf und Ab liberaler, sozialer und sonstiger Bewegungen wie der Ökologie. Das ist etwas, was wir nicht vergessen dürfen, und das hat die Gründungsmitglieder in erster Linie bewegt.

**Renate Höpfinger:** Die Gründung der Unionsparteien CDU und CSU vor 60 Jahren, in der unmittelbaren Nachkriegszeit, war eine Antwort auf die NS-Diktatur. Ihrem Selbstverständnis nach sehen die Unionsparteien ihre „ideelle Gründung“ in den Zusammenkünften und Zirkeln des christlich motivierten Widerstandes und in den Gefängnissen des Dritten Reiches. Wer waren diese Menschen? Was bewog sie zum Widerstand? Was waren ihre Antriebskräfte, was ihre Ziele?

**Theo Waigel:** Ich habe mich mit diesen Fragen intensiv beschäftigt, in den letzten zehn Jahren noch vermehrt. Es ist in der Tat unglaublich, was Männer

und Frauen aus der Zeit des Widerstandes für die Zeit nach 1945 mitgebracht haben. Dies gilt in der CSU in erster Linie für Dr. Josef Müller, den Ochsen-sepp, dessen Leben und dessen Widerstandskraft viel zu wenig gewürdigt werden, auch von der CSU. Ich habe ihn noch persönlich erlebt, auf Parteitag in den Sechzigerjahren. Er war ein Mann mit seinen Schwächen, aber was er in der Zeit des Dritten Reichs im Widerstand geleistet hat, bei 15 Gestapoverhören niemanden verurteilt, zwei Mal unter dem Galgen gestanden, zusammengeschlagen und keine Sekunde aufgegeben, andere noch geschützt, das ist eine unglaubliche Leistung! Sein Buch „Bis zur letzten Konsequenz“ müsste wiederaufgelegt und jedem Mandatsträger der CSU zur Pflichtlektüre gemacht werden.

Ich habe mich mit seinem Leben, seinen Kontakten zum Vatikan und seinem Verhältnis zu Papst Pius XII. nach dem Krieg beschäftigt. Seitdem würde ich auch seine kleineren Schwächen, die er in der Politik gezeigt hat, milder sehen. Er war wohl der Tapferste, jedenfalls so weit ich das sehen kann. Sofort nach der Befreiung hat er einen Kreis um sich geschart, den Mittwochskreis, wo Franz Josef Strauß, Hans Weiß, Fritz Zimmermann, aber auch Josef Baumgartner, Franz Heubl und andere CSU-Gründer zugegen waren.

Jemandem, dem ich bei der CDU meinen höchsten Respekt erweisen möchte, ist Andreas Hermes. Ich habe ihn erlebt, als er 1955 in Ursberg bei der Beerdigung von Dr. Fridolin Rothermel für den Bauernverband gesprochen hat. Erst später habe ich die Geschichte von ihm genauer kennen gelernt. Im KZ knapp dem Tod entgangen, von den

Russen befreit, schlugen ihm diese ein Tauschgeschäft vor. Sie boten ihm an, seinen Sohn aus der Kriegsgefangenschaft in Sibirien nach Berlin zu holen, wenn er dafür den Enteignungen in Ostdeutschland zustimme. Sie sagten, der Sohn sei schon da, sei nur ein paar Kilometer entfernt von ihm. Darauf antwortete Andreas Hermes: „Ich hab noch nie ein Knie vor Diktaturen gebeugt, und ich tue das auch hier nicht.“ Daraufhin wurde der Sohn wieder fünf Jahre nach Sibirien zurückgebracht und kam mehr tot als lebendig zurück. Der Sohn schrieb dann dem Vater einen Brief: „Vater, es ist zwar bitter für mich, aber ich respektiere deine Gewissensentscheidung. Du musst dich an deinem Gewissen orientieren.“ Aus einer solchen Geisteshaltung erwachsen Wurzeln und ein großes Erbe für CDU wie für CSU.

Und die anderen Namen, die auch alle bittere Erfahrungen machen mussten: Konrad Adenauer, der verfolgt wurde, Alois Hundhammer, der in Dachau war, Ludwig Erhard, der eine Denkschrift über die Neuordnung Deutschlands verfasste, Fritz Schäffer, Fürst Fugger aus meiner Heimat, der 1933 Joseph Bernhart anlässlich seines mutigen Artikels in einer Münchner Zeitung besuchte, in dem er sich gegen die Nazis wandte und der mit knapper Not dem Tod entging. Aber auch Menschen wie Dr. Fridolin Rothermel, Landtags- und Reichstagsabgeordneter, der in Schutzhaft genommen wurde und dem als promoviertem Volkswirt zwölf Jahre seines Lebens gestohlen wurden. Alle diese Männer und Frauen haben weltanschaulich Widerstand geleistet und sich in der Stunde der Not trotz des Berges von Leichen, der über den Menschen lag, als Not-Wender gezeigt

und damit das Notwendige getan. Sie taten dies nicht aus Ehrgeiz und nicht, um etwas zu werden, sondern um ihre Mitmenschen aus der Not und Lethargie wieder herauszuführen.

Das ist ein großartiges Erbe, das CSU und CDU verwalten, wobei ich auf das Erbe anderer wie der Sozialdemokraten mit großem Respekt verweise. Wir nehmen da nicht für uns in Anspruch, dass wir die Besseren sind. Was ein Mann wie Otto Wels 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz gesagt hat „Das Leben könnt ihr uns nehmen, die Ehre aber nicht“, das ist ein bewegender Satz, den ich mit Ehrerbietung in vielen Reden zitiere.

**Renate Höpfinger:** Der Widerstand gegen das NS-Regime gab nach 1945 die Kraft, eine neue christliche Volkspartei zu gründen und in der hoffnungslos erscheinenden Nachkriegszeit die politischen Selbstbehauptungskräfte zu aktivieren. Die Unionsgründer einte der Wille zu einem christlichen Neuanfang im Geiste der christlichen Botschaft. Ein „Weg der Wiedergeburt“ wurde angestrebt, der Schluss machen sollte mit den politischen und geistigen Ursachen, die zu dessen Entstehung geführt hatten. In keiner der anderen Parteien, die nach 1945 wieder erstanden, war der Gedanke der geistlichen und sittlichen Erneuerung so lebendig wie in der Union. Wie sahen die Ideen und Konzepte aus? Was war das Neuartige an dieser Parteiformation?

**Theo Waigel:** Das „C“, das die allermeisten bewegt hat, gab kein politisches Lehrbuch ab. Der christliche Sozialismus, den einige in der CDU vertreten haben, war natürlich in sich

ein Gegensatz, denn Christentum und Sozialismus passen nicht zusammen. Sozialismus ist eine Ideologie, und das Christentum passt nicht mit Ideologien zusammen. Das „C“ gab eine Idee, gab Grundwerte vor, das „C“ verpflichtete zu Toleranz, das „C“ bedeutete Transzendenz und damit Verantwortung nicht nur in dieser Welt, sondern einer anderen Welt gegenüber. Es ist damals gelungen – und das war eine großartige Leistung der Frauen und Männer der ersten Stunde –, sowohl in die Bayerische Verfassung als auch in das Grundgesetz die Verantwortung vor Gott zu bringen. Das haben nicht nur die Politiker von CDU und CSU erreicht, sondern auch die Politiker der SPD und der FDP waren bereit, dies zu akzeptieren, vielleicht aus dem Gedanken heraus, dass wir eine übergreifende Idee brauchen. Und wie immer ich nun den Gott definiere, aber nur aus einer übergreifenden letzten Ordnung heraus lässt sich verhindern, dass eine solche Unordnung noch einmal geschieht.

Zur Frage des Parteikonzepts: Wichtig war – und das war wiederum vor allem das Verdienst von Dr. Josef Müller, später von Franz Josef Strauß und anderen –, die CSU nicht zur Konfessionspartei werden zu lassen, aus dem Elfenbeinturm hinauszugehen, keinen Ständestaat anzustreben, keine Bauernpartei, keine Bayernpartei, nicht eine Partei, die ein Monopol auf etwas besaß, sondern eine breite Volkspartei, in der vom Arbeiter über den Landwirt bis zum Fabrikbesitzer, vom gläubigen Christen über den humanen Agnostiker jeder dabei sein konnte und dabei sein durfte, der die Zielsetzungen, die aus dem „C“ heraus entstanden, akzeptieren konnte.

**Renate Höpfinger:** Die meisten Unionsgründer wollten keine der konfessionellen Parteien der Weimarer Republik wiederbeleben! Welche Bedeutung hatte der Gedanke der Überkonfessionalität? Das Ziel einer überkonfessionellen Partei war zumindest in Grundzügen auch schon in der Bayerischen Volkspartei angelegt, wurde aber dort nicht ernsthaft oder nachdrücklich verfolgt.

**Theo Waigel:** Das war ganz wichtig, um aus der Auseinandersetzung, die im Grunde fast noch bis auf die Bismarck-Zeit zurückgeht, herauszukommen. Ich sage es ganz offen, die Katholiken sind erst durch Luther richtig frei geworden. Der Satz von Luther „Der Christenmensch ist ein freier Herr aller Ding und niemandem untertan. Und der Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Ding und jedermann untertan“, ist eine Aussage, die Freiheit und Verpflichtung herrlich ausdrückt. Auch beim Grundsatzprogramm 1976 haben wir überlegt, was ist der Grund. Das ist die Verantwortung vor Gott und die daraus resultierende Verantwortung und Achtung vor dem Nächsten. Das ist die Primäridee, von der ich am Anfang sprach und die CDU und CSU wieder stärker diskutieren, herausarbeiten sollten, weil sie auch in einer säkularisierten Gesellschaft durchaus attraktiv ist und weil sie auch dem Agnostiker und Nichtchristen oder auch dem schwankenden Christen plausibel sein kann als letzte Begründung für Politik.

Die Unionsgründer wussten natürlich auch, welche Fehler sie vor 1933 gemacht hatten, auch welche Fehler die Bayerische Volkspartei gemacht hatte. Einige haben das stärker verinnerlicht,

andere weniger. Josef Müller und seinen Freunden war klar, sie müssen etwas Neues wagen, sie können nicht mehr nur dort weiter machen, wo sie 1933 aufgehört hatten. Dagegen wollten Fritz Schäffer, Alois Hundhammer und viele aus dem bäuerlichen Flügel die Bayerische Volkspartei fortführen. Das wäre mit Sicherheit der falsche Weg gewesen. Damit wären wir in Bayern in die Irre gegangen, damit wäre die CSU isoliert gewesen. Es musste etwas Neues entstehen. Das war auch deshalb notwendig, weil die interkonfessionelle Idee in den Fünfziger- und Sechzigerjahren voll zum Tragen gekommen ist.

**Renate Höpfinger:** Auffällig ist die Spontaneität, mit der die Unionsgründungen unabhängig von Absprachen unmittelbar nach Kriegsende nahezu gleichzeitig in verschiedenen lokalen Zentren wie Köln, Berlin, München und Würzburg erfolgten. Lag die Gründung der Unionsparteien quasi in der Luft? Hätte es Alternativen gegeben? Und wie hätten diese aussehen können?

**Theo Waigel:** Die Idee war nach Kriegsende da, sie ist aber auch gereift. Die Frauen und Männer haben von 1933 bis 1945 viel nachgedacht. Sie hatten eine erzwungene Nachdenkphase, die schlimmste im KZ, andere im Exil oder wie Fridolin Rothermel auf dem Bauernhof. Sie hatten viel Zeit nachzudenken und zu überlegen, wo fangen wir wieder an. Das war, wie man heute sagen würde, ein sehr konzentriertes Denken, spontan auf der einen Seite, aber auch ein Nachdenkprozess, der gereift war und der dann zu einer fruchtbaren Entfaltung kam. Das erklärt auch die Spontaneität – sie hatten ja wenig

Möglichkeit miteinander zu kommunizieren. In der Tat zeugt dies davon, die Notwendigkeit war begriffen worden, unabhängig davon, ob man zusammen war oder nicht.

Das gilt übrigens auch für den philosophisch-theologischen Bereich. Wenn ich mir vorstelle, Joseph Bernhart oder Theodor Haecker waren von Gessertshausen bis Türkheim Luftlinie 20 km entfernt und wussten nicht, dass sie nebeneinander lebten. Und auch andere große Denker im kirchlichen Bereich, die noch Erinnerung und Erfahrung in der Weimarer Zeit hatten, sagten: „Macht um Gottes Willen nicht das Gleiche noch einmal, streitet euch nicht wieder zwischen Zentrum und BVP, wo man verschiedene Reichspräsidenten unterstützt hat mit verheerenden Konsequenzen“. Auch die Theologen der damaligen Zeit, aus beiden Kirchen, gingen alle in diese Richtung.

**Renate Höpfinger:** Das Alte war diskreditiert, das Neue lag in der Luft. Hätte es überhaupt noch Alternativen gegeben?

**Theo Waigel:** Ja doch. Eine ganz einfache Erwägung: Man hätte die Bayerische Volkspartei wieder begründen können, dann hätte man ihr Vermögen zurück bekommen.

**Renate Höpfinger:** Das wollte man doch aus anderen, gerade genannten Gründen nicht!

**Theo Waigel:** Andere Parteien – die SPD und die Kommunistische Partei haben zu Recht beansprucht, dass sie entschädigt wurden für das, was ihnen weggenommen wurde. Es wäre für

eine neue Partei schon besser gewesen, wenn sie mit einer finanziellen Starthilfe in die Auseinandersetzungen von 1946/1949 oder 1953 gegangen wäre. Hier haben CDU und CSU bewusst abgeschlossen, auch nicht rekuriert auf frühere Leistungen – das Zentrum konnte auch auf beachtliche Zeiten zurück schauen, hatte starke Politiker, deren man sich wirklich nicht schämen musste! Man wusste, dass uns die Parteienzersplitterung im konfessionellen und im konservativen Bereich nicht weiter bringt.

**Renate Höpfinger:** Für den politischen Neubeginn in der Union waren überwiegend christliche Demokraten verantwortlich, die ihre politische Prägung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik erhalten hatten und bereits politisch aktiv waren, nicht selten in führenden Positionen, bevor ihre Tätigkeit durch die Nationalsozialisten beendet wurde. Einige wollten ihre Vorstellungen in der neuen Partei nur wenig modifiziert fortsetzen, was zu erbitterten Richtungskämpfen führte und vor allem mit der Neugründung der Bayernpartei für die CSU sehr gefährlich wurde. Wie sehen Sie diesen Richtungstreit? Wann war er beendet? Wann hatte sich das neue Parteikonzept auch bei den Anhängern einer Wiederbelebung der Bayerischen Volkspartei durchgesetzt?

**Theo Waigel:** Die Bayernpartei war nicht nur in Ober- und Niederbayern stark. Auch in Gegenden wie Schwaben hatte sie beachtliche Bastionen zu verzeichnen. Manche davon kamen dann später zu uns. Entstanden ist die Bayernpartei im Grunde aus persönlichen Konflikten. Weil Baumgartner bestimmte persönliche Ziele im Bauern-

verband wie auch im Wirtschaftsrat nicht verwirklichen konnte, ist er zur Bayernpartei, die bereits existierte, gestoßen. Er war ein Volkstribun. Eine Rolle spielte auch das „Bauernbündlerische“, das aus der Zeit von Dr. Heim stammte! Ich weiß von meinem Vater, dass er am Anfang von der CSU gar nicht begeistert war. Ihm behagte das Bauernbündlerische, das Freidenkerische mehr als das Klerikale. Er wollte keine Partei, in der die Prälaten das Sagen haben. Ihm hat schon nicht gepasst, dass der erste Fraktionsvorsitzende der CSU im Bayerischen Landtag ein Prälat war.

Die Not der Menschen reichte tief in die Politik hinein. Die Heimatvertriebenen schufen mit dem BHE ihre eigene Interessenpartei; darauf reagierten wiederum die Eingesessenen. Nicht jeder war bereit zu teilen. Der Ausgleich zwischen den Entrechteten und denen, die noch etwas besaßen, der Lastenausgleich war eine großartige Leistung, aber er vollzog sich nicht reibungslos. Das ergab eine explosive Mischung, es war nicht alles friedlich in der Nachkriegszeit. Zudem leistete sich die CSU überflüssigerweise die Auseinandersetzung zwischen dem Ochsen sepp und seinen Gegnern, was zu der dramatischen Landesversammlung 1949 in Straubing führte. Das alles wirkte abschreckend auf die Menschen. Und da darf man sich nicht wundern, wenn man plötzlich von über 50% auf 27,4% absinkt.

**Renate Höpfinger:** Es kann aber doch innerhalb einer derart breit angelegten Sammlungsbewegung gar nicht ausbleiben, dass zwischen den Mitgliedern, die aus so verschiedenen Richtungen kommen, um die neue

Richtung gestritten wird. Das Gift kam doch vor allem durch die persönlichen Konflikte in diesen Richtungstreit hinein.

**Theo Waigel:** Die einzelnen Kontrahenten gingen schon merkwürdig miteinander um, zum Teil offen, zum Teil aber auch unverständlich, und nicht immer besonders christlich. Und das hat abgeschreckt und hat zu dem fatalen Wahlergebnis geführt. Dass die CSU sich aber daraus erholt hat, ist eine große Leistung.

**Renate Höpfinger:** Wem war die Befriedung der Partei zu verdanken? Wie kam sie zu Stande?

**Theo Waigel:** Da nenne ich einmal Hans Ehard, den ausgewogenen, klugen, gebildeten, dem Streit abholden Mann, den Grandseigneur der Politik. Aber mit seinem Namen ist auch 1954 der Verlust der Macht verbunden. Aus dieser, für die CSU völlig ungewöhnlichen Situation hat Hanns Seidel die Partei befreit. Es war eine beachtliche Leistung von Hanns Seidel, als kluger, überzeugender Oppositionsführer die damalige Regierung, bestehend aus SPD, FDP, Bayernpartei und BHE, in ihrer Widersprüchlichkeit anzugreifen, aber auch zu zeigen, wie es besser gemacht werden könnte. Und in diese Zeit fällt auch die Tätigkeit von Franz Josef Strauß. Der war zwar 1949 zusammen mit dem Ochsen sepp in die Zwickmühle geraten, aber Hans Ehard hatte die Stärke von Franz Josef Strauß erkannt und ihn gestützt. Franz Josef Strauß hat immer mit Erfolg für die Entkonfessionalisierung der Partei gekämpft. Es war Hanns Seidel, der diesen Kampf begann, der uns mit seinen Artikeln und Büchern wie „Weltan-

schauung und Politik“ geistige Nahrung Mitte und Ende der Fünfzigerjahre geliefert und uns in eine moderne Zeit hinein geführt hat. Seine Begründung, auch wer keiner Kirche angehört, kann in der CSU Mitglied werden, war schon ungewöhnlich. Diese Öffnung war wichtig. Er hat den manchmal ungestümen Franz Josef Strauß geschickt auf den richtigen Pfad gelenkt.

Hanns Seidel, wie vorher Hans Ehard, haben ihren Schwerpunkt in der bayerischen Politik gesehen. Damals gab es in dem rückständigen Agrarstaat auch viel zu tun. Ihn in eine moderne Industriegesellschaft zu überführen, war eine riesige Herausforderung und Leistung, die diese beiden, und nach ihnen Alfons Goppel, erfolgreich angegangen sind. Es kamen aber noch ein paar ganz wichtige Politiker hinzu. Man sollte Rudolf Eberhard nicht unterschätzen, der zunächst als Landrat, dann als Finanzminister seinen Part geleistet hat. Man hat erkannt, wir brauchen die Protestanten unabdingbar für das Profil der CSU. Ich will das gar nicht opportunistisch sagen, auch um mehrheitsfähig zu sein in ganz Bayern. Wir hätten in Franken nicht die Spur einer Chance gehabt, wenn wir nur mit altbayerischen Katholiken aufgetreten wären. Insofern war es von großer Wichtigkeit, die Entkonfessionalisierung der Partei herbeizuführen und sie auf ein christliches Fundament zu stellen und klar zu sagen, wir sind weder verlängerter Arm der Kirchen noch sind die Kirchen von uns abhängig.

**Renate Höpfinger:** Waren dann die Erfolge der Partei dafür ausschlaggebend, dass Leute wie Alois Hundhammer und Fritz Schäffer auf diesen Kurs der Partei eingeschwenkt sind?

**Theo Waigel:** Sie haben diesen Kurs in den Fünfzigerjahren akzeptiert, sie haben eingelenkt, das ist die eine Seite der Medaille. Dann sind aber viele Junge nachgekommen, die noch mit 15, 16 Jahren in den Krieg gezwungen worden waren, Vertriebene, die in der Partei mitarbeiten wollten, aber nicht mehr in einer konfessionell orientierten. Das war dann der Punkt, an dem die CSU eine liberalere Partei wurde und wo sie in Bayern in Bereichen wie Mittelfranken Wählerstimmen gewann und Ideologien ablegte. Das war nicht mehr die Partei, die sich jeden Tag vom Kardinal die Maxime abholt, wie man in den nächsten Wochen regiert, sondern sie war eine offene und moderne Partei geworden.

**Renate Höpfinger:** Sie haben mehrfach den dezidiert konfessionellen Charakter der CSU bis 1949 betont. Josef Müller hat aber doch gerade das Gegenteil propagiert und seine Gegenspieler haben sich ja auch nicht durchgesetzt.

**Theo Waigel:** Das ist wahr. Und Josef Müllers Niederlage 1949 beruhte natürlich auf persönlichen Fehlern. Aber bis zu dem Zeitpunkt war die andere Richtung schon stark. Das bäuerliche Element war weit überproportional vertreten. Andere Bereiche haben dagegen gefehlt. Der Zugang ins protestantische Milieu, in Franken ins Reichsstädtische hinein, da waren wir am Anfang schwach vertreten. Das konnte man erst durch die neue, moderne Linie verbessern.

**Renate Höpfinger:** Im Zusammenhang mit dem Richtungsstreit wurde bereits angesprochen, dass die Bayernpartei der CSU sehr gefährlich wurde. Sie haben die Wahlergebnisse erwähnt! Die CSU

hat diese Klippe gemeistert. Wie würden Sie die Auseinandersetzung mit der Bayernpartei, ihr Aufkommen und ihr Verschwinden einschätzen? Die CSU hat es geschafft, die Vertreter und Anhänger der Bayernpartei zu integrieren, sie hat es mit dem BHE geschafft. Und diese Entwicklung setzte sich später ja mit dem Diktum von Franz Josef Strauß fort, dass es rechts von der CSU keine demokratisch legitimierte Partei geben dürfe.

**Theo Waigel:** Das war schon ein böser Bruderstreit, der weh getan hat. Und in manchen Bereichen ganz besonders. In Niederbayern waren die Wahlkämpfe 1950, 1954 und 1958 gnadenlos. Die Bayernpartei ist eher aus persönlichen Gründen entstanden, die vermeidbar gewesen wären, wo die CSU ganz sicher auch Fehler gemacht hat. Ohne Baumgartner wäre die Bayernpartei nicht zu dem geworden, was sie war. Man hätte in dieser Zeit einen solchen Bruderstreit nicht entstehen lassen dürfen. Aber er ist entstanden, vielleicht auch, weil die CSU auf Grund der ersten Wahlergebnisse überheblich geworden war. Das hat dann 1949 zum ersten Schock geführt, als die Bayernpartei 17 Direktmandate erreichte. In erster Linie sorgte Franz Josef Strauß dafür, dass die Bayernpartei nicht größer wurde, indem er strikt ablehnte, dass Adenauer die Bayernpartei 1949 in die Koalition aufnahm. Dem hätte das vielleicht ganz gut getan, um seine Mehrheit zu erweitern.

Und dann wurden natürlich konsequent die Grenzen der Bayernpartei aufgezeigt. Dazu haben Strauß, Zimmermann, Seidel, Eberhard und andere ihren Teil geleistet, auch 1954 bis 1957 in der Opposition. Die Bayern-

partei hat sich ihr eigenes Grab geschaufelt. Es war halt nicht sehr glaubhaft, mit dem BHE zusammen eine Koalition einzugehen, nachdem man vorher in jeder Versammlung über die Flüchtlinge gelästert hatte, und umgekehrt. Das war keine belastbare Zusammenarbeit.

**Renate Höpfinger:** Sehen Sie in Bezug auf die Entkonfessionalisierung der Partei einen Zusammenhang mit den starken Säkularisierungstendenzen, von denen unsere Gesellschaft seit der Mitte des 20. Jahrhunderts geprägt wurde?

**Theo Waigel:** Die Mündigkeit der Laien in der Kirche hatte sich verstärkt. Es kam das Zweite Vatikanische Konzil mit der Selbstverantwortung des Laien in der Kirche. Das alles hat auch in der CSU zu einer Diskussion geführt. Die CSU hat ihre geistigen Wurzeln nie aufgegeben, war aber doch zu pragmatischen Lösungen bereit.

**Renate Höpfinger:** Welche Faktoren, Ereignisse und Entwicklungen wurden für das Fundament und die Grundsätze der CSU in der Folge wichtig? Worauf hatte die Partei zu reagieren? Was veränderte sie und ihr Selbstverständnis? Mit welchen Mitteln reagierte sie darauf?

**Theo Waigel:** Im regionalen Bereich hat die CSU eine erfolgreiche regionale Strukturpolitik betrieben. Das war das Verdienst von Politikern wie Hanns Seidel, Rudolf Eberhard, dem früheren Ministerialdirektor Professor Barbarino, Otto Schedl und Anton Jaumann. Dazu kam das Sicherheitsbedürfnis der Menschen, nachdem der Kalte Krieg entflammt war und die Sowjetunion

eine reale Gefahr für uns darstellte. Die Aufstände in Ostberlin, Warschau, Budapest und Prag, der Bau der Mauer, zeigten die Erschütterung und das labile Kräfteverhältnis in Europa. Darum waren Westintegration und Europa so wichtige politische Ziele, denn sie dienten neben der Identität dem Selbstschutz. Diese Politik hat sicherlich dazu geführt, dass die CSU eine ungewöhnlich erfolgreiche Partei wurde. Das haben die Menschen akzeptiert, den Wiederaufbau in Bayern, die Integration der Heimatvertriebenen, die Entwicklung zu einem modernen Wirtschafts- und Industriestaat, ohne dass die Bauern dabei untergegangen sind. Das war schon eine beispielhafte erfolgreiche Politik. An der Spitze Ministerpräsidenten, die hohes Ansehen hatten, in der Bundespolitik ebenfalls Politiker mit großem Einfluss wie Fritz Schäffer als Finanzminister, der die Finanzierung der Wiederbewaffnung ohne größere Friktionen schultern konnte, Franz Josef Strauß als ein überzeugender Verteidigungsminister und Finanzminister, das alles hat eine Rolle gespielt. Auf der einen Seite gab es den ideologischen Überbau und auf der anderen Seite den pragmatischen Unterbau für die tägliche Politik.

**Renate Höpfinger:** Auch wenn sich die grundlegenden Werte und Fundamente der Partei nicht veränderten, musste doch die Programmatik an die Erfordernisse der Zeit angepasst werden. Es entstanden Defizite, die CSU sah sich Anfang der 70er-Jahre abgehängt von den Debatten.

Sie waren 15 Jahre lang, von 1973 bis 1988, Vorsitzender der CSU-Grundsatzkommission. Welche Funktion erfüllt ein Grundsatzprogramm bzw.

eine entsprechende Kommission? Ist sie das entscheidende, ausschließliche Gremium für die Diskussion und Weiterentwicklung der grundsätzlichen Fragen? Werden hier die Fundamente der Partei neu gelegt und das geistige Navigationssystem neu justiert? Wo findet dies sonst noch statt?

Wie waren Ihre persönlichen Erfahrungen? Wie kamen Sie überhaupt zu dieser Funktion? Was war Ihr Auftrag, Ihre Aufgaben? Was konnten Sie an dieser Stelle leisten bzw. was kann und soll eine Grundsatzkommission nicht leisten?

**Theo Waigel:** Grundwerte ändern sich nicht, aber ihre Akzeptanz. Wie ich die Botschaft an die Menschen bringe, das ändert sich in den Kirchen, und das ändert sich natürlich auch in der Politik. Mit den Wahlplakaten und den Broschüren von 1949 und 1953, obwohl sie nicht falsch waren, könnten wir heute auf die Menschen nicht mehr zugehen. Der moderne Mensch, der aufgeklärte Mensch verlangt eine andere Antwort als 1945 oder 1946. Wir brauchen uns der Grundsatzprogramme von 1946 bis 1968 nicht zu schämen. Da steht nichts Falsches drin, auch nicht 1968, als zum ersten Mal der Begriff entstand, die CSU sei auch eine konservative Partei. Das gab damals die größte Auseinandersetzung auf dem Parteitag. Natürlich sind wir auch eine konservative Partei.

Nun hatten wir 1972 Bundestagswahlen, erreichten in ganz Deutschland 45%, aber das war zu wenig, in Bayern 55%, das war glänzend, aber es hat nicht ausgereicht. Natürlich hat das Franz Josef Strauß umgetrieben. Was ist der Grund, warum schaffen wir das

im Moment nicht? Darum dann auch später die Diskussion: Brauchen wir eine andere Parteienkonstellation? Verständlich, von der Analyse her grundsätzlich richtig, obwohl ich anderer Meinung als Franz Josef Strauß war. Dann die Frage: Spielen wir in der geistigen, theoretischen Auseinandersetzung noch eine Rolle? Sind wir Ansprechpartner? Adaptieren wir das, was in der modernen Welt diskutiert wird? Daraus entstand die Frage: Brauchen wir ein neues Grundsatzprogramm? Franz Josef Strauß war am Anfang eher skeptisch eingestellt und wollte nicht so schnell, nach nur vier oder fünf Jahren, ein neues Grundsatzprogramm. Denn es wäre ja sofort die Frage entstanden: Brauchen wir neue Grundsätze? Natürlich nicht! Aber er wusste, man muss sich der Diskussion stellen. Und da war Strauß im Grunde ein Intellektueller. Er war ein Mann, der viel las, ein Mensch, der sich mit den Dingen auseinander setzte. Er hätte diese Rolle übrigens noch viel stärker spielen können. Aber da hat ihn bisweilen die Lust an der Polemik überrollt. Er sprach auf Marktplätzen Tausende von Menschen an. Wenn sie denen aber einen philosophischen, zeithistorischen Vortrag halten, dann laufen die Leute davon. Er war der begabteste Mann auf öffentlichen Plätzen nach 1945. Es gibt keinen zweiten, der das so beherrscht hätte. Sein Metier war nicht das Fernsehen, sein Metier waren die großen Hallen und die Plätze. Er war auch der Mann, der nachdachte, ein gläubiger, aber liberaler Katholik, der um die Auseinandersetzung mit der modernen Zeit wusste. Und er erkannte, dass uns 1972 etwas abhanden gekommen war: das Gespräch mit der geistigen Welt. Es herrschte eine Diskrepanz zu vielen Kulturschaffenden, es gab Probleme im

Arbeitnehmerbereich, und besonders spürbar war, dass junge Leute und Frauen nicht mehr so stark auf unserer Seite standen. Das war relativ wenig sichtbar in Bayern, aber deutlich im Gesamtbild der Union. Und da wundere ich mich heute noch über den Mut von Strauß. Als Vorsitzender der Jungen Union hatte ich vorher mit ihm manchen Streit ausgetragen. Ich war nicht sein Kandidat, ich kam aus der Jaumann-Ecke. Deshalb war er auch nicht begeistert, als ich Landesvorsitzender der Jungen Union wurde, hat aber akzeptiert, dass ich in den Bundestag kam. Ich habe ihn dann zu einem ersten Grundsatzseminar der Jungen Union nach Bad Tölz eingeladen. Dorthin hatten wir uns nach Neujahr eine ganze Woche lang zurückgezogen und über Grundsatzfragen des Denkens, der politischen Philosophie, der Bildung und Ähnliches mehr diskutiert. Wir holten uns Referenten aus ganz Deutschland, und am Schluss hatten wir eine Diskussion mit Strauß. Diese Diskussion mit ihm war gar nicht einfach, denn einige Teilnehmer gingen mit ihm nicht so höflich um, wie man eigentlich mit einem Parteivorsitzenden verfährt. Ich dachte, er schmeißt alles hin, aber er hat diese kritische Diskussion mit uns konstruktiv geführt! Und am Schluss sagte er: „Übrigens, Theodor Waigel, da ist viel Blech geredet worden, aber es waren auch ein paar Goldkörner darunter.“

Ein paar Monate danach sagte er im Landesvorstand: „Ich bin dafür, dass wir eine neue Grundsatzkommission installieren, und überlegen, was müsste man neu ansprechen.“ Ich traute meinen Ohren nicht, als er fortfuhr: „Vorschlagen würde ich dafür Theo Waigel.“ Ich war baff erstaunt und

habe mir das ganz ehrlich am Anfang nicht zugetraut. Ich sagte, ich würde gerne mitarbeiten, empfände es als eine hohe Ehre und nannte ihm ein paar Leute, Franz Heubl, Fritz Pirkel und andere, die ich für erfahrener und besser geeignet hielt als mich. Er meinte: „Ja, die können alle mitarbeiten, da hab ich nichts dagegen. Aber ich bin dafür, dass Sie es machen.“ Im Nachhinein geht mir die Strategie schon auf. Erstens dachte er sich wohl, wenn er den Vorsitzenden der Jungen Union dazu ernenne, dann zeige das, dass er für die junge Generation etwas übrig habe. Zweitens: Würde ich es schaffen, dann hätte er mich vorgeschlagen. Und würde ich es nicht schaffen, dann müsste ich für den Rest meines Lebens den Mund halten. Und drittens: Er hat das Machtgefüge der CSU unter und neben sich nicht durcheinander gebracht. Hätte er damals Franz Heubl genommen, Max Streibl oder Fritz Pirkel, hätte jeder den nächsten Ministerpräsidenten oder den nächsten Parteivorsitzenden darin gesehen.

In der Jungen Union hatte ich niemanden zur Verfügung, der mir hätte helfen können. Es war, das sage ich ganz deutlich, die Hanns-Seidel-Stiftung, die mir damals geholfen hat, das wissenschaftliche Umfeld zu erarbeiten. Wir begannen mit der Arbeit, gründeten Untergruppen, eine für Grundsatzfragen im engeren Sinne, mit Anton Jaumann. Das war ein tolles Arbeiten, denn es ist Jaumann und mir gelungen, bekannte Theologen und Philosophen der Zeit zu Diskussionen, Beiträgen und Vorträgen heranzuziehen. Damals war schon Eugen Biser bei uns, ebenso die wichtigsten Vertreter der protestantischen Fakultät in München. Es ist so-

gar gelungen, Professor Lorenz zu uns zu holen.

Franz Heubl bearbeitete die Außenpolitik. Er hat damals in Bonn Vertreter der Außenpolitik, aus der Wissenschaft, aus der Publizistik zusammengeholt und das Kapitel erarbeitet. Hans Maier hat ein fabelhaft formuliertes Kapitel zu Bildung und Wissenschaft geliefert. Peter Schmidhuber hat die Wirtschaft konzipiert, Fritz Pirkel das Soziale, Max Streibl Umweltpolitik. Und ich habe selber noch versucht, Jugend und Gesellschaft einzubringen. Ein selbstständiges Thema war noch Frauen und Politik. Wir arbeiteten in Untergruppen, sammelten die Ergebnisse in Werkstattberichten, in gemeinsamen Tagungen an verschiedenen Orten, oft in München. Keinem der Beteiligten, obwohl sie zum Teil Minister oder Staatssekretäre waren, keinem war die Arbeit zu viel. Sie haben mich als den Jüngsten als Vorsitzenden akzeptiert. So haben wir bis 1976 gearbeitet, dann war das Programm fertig. Ich habe zwei Köpfer der Sprache, den Literaturkritiker Paul Konrad Kurz und Wilfried Scharnagl, damals noch junger Redakteur beim Bayernkurier, gebeten, es sprachlich zu überarbeiten, und das war ganz dringend notwendig. Es ist ein kompaktes, modernes Programm entstanden, das wir auf einem Sonderparteitag 1976 verabschiedet haben. Auf mein damaliges Redekonzept schrieb mir Strauß „höchste Anerkennung, Respekt und Dank“. Das verwahre ich natürlich heute noch!

Wir haben damals in dieser Umbruchzeit, es war eine Umbruchzeit, viele Geister gewonnen. Die Arbeit wurde fortgesetzt, die Arbeit der Grundsatz-

kommission war nicht beendet, wir haben die Leute weiter zu uns eingeladen. Daraus ist ein produktiver Dialog entstanden, den ich später als Vorsitzender der Landesgruppe in Kreuth erweitert habe. Wir haben Gäste wie Reiner Kunze, Martin Walser, Joachim Gauck oder zuletzt Wolf Biermann eingeladen und ich glaube, dass das der CSU sehr gut getan hat, und zwar nach beiden Richtungen hin. Diese Gäste stellten plötzlich fest, dass man mit uns reden kann, dass wir nicht so sind wie im „Spiegel“ dargestellt. Und umgekehrt habe ich unsere Freunde gebeten, sich auch einmal ganz andere Argumente anzuhören. Daraus ist ein Dialog entstanden, der für die ganze CSU sehr fruchtbar war.

**Renate Höpfinger:** Das Bedürfnis nach einem Grundsatzprogramm war nach Ihrer Schilderung bei Strauß angesiedelt und bei Teilen der Jungen Union, weniger beim Rest der Partei. Die Grundsatzdiskussion ist demnach eine Art Selbstläufer geworden?

**Theo Waigel:** Strauß war sich am Anfang noch nicht sicher, wo das landen soll. Ich habe ihn regelmäßig informiert, und er hat gemerkt, das ist in guten Händen, wir sind auf einem guten Weg. Als das Programm im Entwurf fertig war, sollte es an einem Montag im Landesvorstand diskutiert werden. Strauß kam herein, grantig, und bemerkte: „Sie haben mir vielleicht ein Wochenende beschert!“ Ich dachte: „Um Gottes Willen, was ist denn wieder schief gelaufen? Wer hat ihn denn wieder geärgert?“ Er sagte nur: „Ich musste das Programm lesen.“ Er gehörte zu den wenigen, die das ganze Programm gelesen haben. Und sogar jede grammatikalische Form oder ein Kom-

ma hatte er vermerkt. Er hat sich für diese Diskussion immer die Zeit genommen. Ich habe ihn kennen gelernt als einen Mann, mit dem man vieles diskutieren kann. Das hat unser Verhältnis sehr geprägt. Er hat dann das Werk wohlgefällig betrachtet und sich auf einem Parteitag sehr positiv geäußert.

**Renate Höpfinger:** Sie haben geschildert, wer alles an der Erarbeitung des Programms mitgewirkt hat. Wie verbreitet war denn die Diskussion? Wer außer Historikern und Politikwissenschaftlern liest ein Programm überhaupt? Wer in der Partei befasst sich damit?

**Theo Waigel:** Man muss die Erarbeitung des Programms auf eine breite Ebene stellen. Wenn man nur ein paar Interessierte nimmt und hier und da einen Kurs über das neue Grundsatzprogramm anbietet, möglichst zentral in München oder in Kreuth, da kommen nur wenige Interessierte und einige Außenseiter, sonst niemand. Es mussten natürlich alle Mitglieder der Grundsatzkommission im ganzen Land präsent sein. Aber das hat nicht gereicht. In jedem Bezirksverband haben wir noch einmal eine eigene Grundsatzkommission eröffnet, die von uns alles Material bekommen hat und dies auch diskutierte. Da musste jedes Mal einer von uns dort auch für Diskussionen zur Verfügung stehen. Diese Verantwortlichen wiederum waren bereit, in den Kreisverbänden und Ortsverbänden die Diskussion zu führen. Ich bin jahrelang durchs ganze Land gezogen und habe Diskussionen und Vorträge dazu gehalten. Und dann haben wir immer wieder Werkstattberichte gemacht, einzelne Kapitel ver-



sandt, zur Diskussion aufgefordert, um Rückmeldungen gebeten. Das hat dazu geführt, dass wir eine Beschäftigung auch mit einzelnen Kapiteln des Grundsatzprogramms erreichten und sich fast die Hälfte der Partei an der Diskussion beteiligte.

**Renate Höpfinger:** Strauß als Parteivorsitzender hat die Anregung zur Grundsatzdiskussion gegeben, Sie als Vorsitzender der Grundsatzkommission haben sie organisiert und durchgeführt. Sie waren später selbst zehn Jahre lang Parteivorsitzender der CSU. In dieser Funktion bestimmten Sie den Kurs der Partei entscheidend mit. Welchen Einfluss hat dieses Amt auf die Fundierung der Partei? Wie ist das Wechselspiel zwischen Vorsitzendem der Grundsatzkommission und dem Parteivorsitzenden? Sie hatten ja nacheinander beide Rollen inne. Als Sie eine Grundsatzkommission einsetzen, geschah dies erneut in einer Umbruchszeit?

**Theo Waigel:** Zwischenzeitlich waren mehr als zehn Jahre vergangen. 1988/89 war schon ein Wetterleuchten spürbar. Wir wussten noch nicht, was geschieht, aber dass etwas in Bewegung kam, das war spürbar. Ich glaube nicht, dass man auf die Dauer mit pragmatischen Entscheidungen gewinnen kann. Wahlen verliert man nicht am Wahltag, sondern wenn man fünf bis zehn Jahre vorher die geistige Diskussion nicht bewältigt hat, die Fragen der Zeit nicht aufgegriffen hat und auf die dringenden Probleme der Menschen keine Antwort gegeben hat. Und zwar nicht nur auf die materiellen, sondern auch auf die immateriellen. Und noch einmal zurück zu 1946. Damals herrschte ja nicht nur die materielle Not, son-

dern die geistige Not. Und eine geistige Not kann auch später wieder entstehen, auch in Zeiten des materiellen Überflusses. Deshalb hielt ich es für wichtig, die Arbeit fortzusetzen. Und ich war mir im Klaren, dass ich dies auf Dauer nicht gleichzeitig als Parteivorsitzender tun konnte, das hätte mich überfordert, zumal dann später auch noch die Arbeit als Bundesfinanzminister hinzukam.

Es war dann mein Vorschlag, weil ich bewusst die Partei integrieren wollte und auch jene, die sich nach dem Tod von Franz Josef Strauß außerhalb der Partei hierarchie befanden, mit einbinden wollte. Dazu gehörte Edmund Stoiber. Und darum habe ich ihn zum Vorsitzenden der Grundsatzkommission vorgeschlagen, weil ich annahm, dass er sich mit derartigen Fragen beschäftigte. Er musste früher schon im neu gegründeten Umweltministerium neue Gedanken entwickeln. Ich habe innerhalb der Partei ein nicht vorgesehenes Gremium gegründet, mit dem Parteivorsitzenden, seinen Stellvertretern, den Fraktionsvorsitzenden und ganz bewusst mit Edmund Stoiber und Gerold Tandler, weil ich sie als wichtige Politiker der Zeit zuvor auch in die Zeit danach integrieren wollte.

**Renate Höpfinger:** Als Inhaber des Amtes oder der Funktion Parteivorsitzender kann man also den Kurs der Partei schon sehr maßgeblich bestimmen?

**Theo Waigel:** Ja, das glaube ich schon, wobei der Parteivorsitzende natürlich auch selbst einen Beitrag dazu leisten muss. Wenn ich Strauß zu einer Grundsatztagung gebeten habe, dann war er dazu immer bereit und hat stets ein

interessantes Referat geliefert. Auch heute muss ein Parteivorsitzender oder eine Parteivorsitzende immer wieder in der Lage sein, ein geistiges Fundament zu skizzieren und darzustellen. Die Partei zu ermuntern und zur Diskussion aufzufordern, das ist eine ganz wichtige Aufgabe eines Parteivorsitzenden.

**Renate Höpfinger:** Wie definieren Sie das christliche Politikverständnis der CSU heute?

**Theo Waigel:** Das „C“ ist eine wichtige Komponente des Politikverständnisses. Ich definiere die CSU als eine liberale Partei, d.h. offen für neue Ideen, als eine konservative Partei, die um ein tragendes, dauerhaftes Werte- und Ordnungssystem weiß, als eine soziale Partei, und zwar solidarisch allen Menschen gegenüber, nicht nur einer Gruppe und nicht nur einer Klasse. Und ich definiere das „C“ als übergreifende Idee, die Motiv und Grenze der Politik darstellt. Motiv, Primäridee heißt: Verantwortung vor Gott – und Engagement und Liebe zum Nächsten. Aber auch die Grenze der Politik, da Politik keine letzten Antworten geben kann, sondern nur vorletzte. Wenn man um die letzte Verantwortung über diese Welt und über dieses Leben hinaus weiß, dann ergibt sich daraus auch die Grenze für das, was man in der Politik machen darf und wo man sich zurücknehmen soll. In einer beliebig gewordenen Zeit ist es Kompass, Gegenpol zur Volatilität der Politik, unverzichtbarer Kompass für CDU und CSU.

**Renate Höpfinger:** Wie kann die CSU künftig ihre Mehrheiten gewinnen, wenn die Säkularisierung der Gesellschaft noch weiter voranschreitet,

wenn wachsende Bevölkerungsteile und damit auch Wählerschichten kirchenfern, konfessionslos sind oder sich zu nicht christlichen Glaubensgemeinschaften bekennen? Soll sich die CSU vor dem Hintergrund der wachsenden muslimischen Gesellschaftsteile auch für Nichtchristen öffnen, zumal der sprichwörtliche „türkische Gemüsehändler an der Ecke“ von der Sozialstruktur usw. gut in die CSU passen würde?

**Theo Waigel:** Ich sehe hier überhaupt keine Gegensätze. Aus dem „C“ leitet sich ja eine natürliche Ordnung, eine vernünftige Ordnung ab, der auch der Kirchenferne oder der Agnostiker zustimmen kann. Im Gegenteil: Der starke Zustrom zu kirchlichen Schulen oder zu klösterlichen Internaten nicht nur aus kirchentreuen Familien zeigt mit aller Deutlichkeit, dass dies durchaus hinein passt in eine moderne Zeit. Man sieht ja auch mit aller Deutlichkeit, wie in Amerika und anderen Ländern Präsidentschaftskandidaten mit einer überzeugten christlichen Haltung eine Mehrheit finden über kirchennahe Bevölkerungskreise hinaus. Man darf das nicht missionarisch gegen die Menschen tun, sondern wenn man überzeugt ist von einer Idee und diese Idee auch zum Leitmaßstab seines Handelns macht, ohne dass man damit irgendjemanden diskriminiert. Insofern halte ich das für eine ganz moderne Idee in unserer Zeit und die verdanken wir denen, die das 1945 begonnen haben.

**Renate Höpfinger:** Damit haben Sie fast schon meine nächste Frage beantwortet: Können die Unionsparteien ihr Erbe ungebrochen weiterführen? Gilt das, was 1945 grundgelegt wurde, im-

mer noch? Oder muss heute, und wenn ja, in welcher Weise, das geistige Fundament der Unionsparteien neu gelegt werden?

**Theo Waigel:** Man muss die Sprache übersetzen, der Jugend unvoreingenommen gegenüber treten, die Jugend nehmen, wie sie ist. Das ist eine andere Jugend als 1945! Aber so viel braver war die Jugend 1945 auch nicht. Dass wir heute eine junge Generation, unsere Kinder ganz anders ansprechen müssen, dass sie mit uns ganz anders sprechen, ist richtig. Doch bevor wir uns darüber beklagen, muss man fragen, warum ist das so. Jugend ist durch unser Verhalten geprägt, reflektiert unser eigenes Verhalten. Wenn uns das nicht passt, müssen wir schauen, was wir selbst falsch gemacht haben.

**Renate Höpfinger:** Nicht das geistige Fundament muss sich also ändern, sondern die Sprache muss angepasst werden. Müsste dann nicht der Parteiname auch geändert und angepasst

werden? Schreckt das Christliche und Soziale im Namen nicht vielleicht ab?

**Theo Waigel:** Nein, im Gegenteil. Wenn es gelungen ist, in Sachsen und in anderen neuen Bundesländern Mehrheiten zu gewinnen, obwohl dort nur 20 oder 25% eingeschriebene Christen leben, dann zeigt dies, das „C“ schreckt nicht ab. Es kommt an, wenn wir es als Grundprinzip ernst nehmen und ehrlich umsetzen. Das Soziale muss man in unserer Zeit neu denken, und alles Neue muss man sozial denken. Das erfordert modernes soziales Denken in einer globalen Zeit. In einer so volatilen Zeit wie der unseren bedarf es eines archimedischen Punktes für diese Welt. Das ist die Primäridee einer aus christlicher Verantwortung heraus gestalteten Politik. Sie ist attraktiv, weil sie sich der Freiheit, der unteilbaren Würde des Menschen, dem Frieden in der Welt und dem Schutz der Schöpfung verpflichtet fühlt.

**Renate Höpfinger:** Herr Dr. Waigel, ich danke Ihnen für das Gespräch.